

Islamisches Recht und westliche Medien

Die Schari'a, das islamische Recht, wird immer wieder in den Medien erwähnt, meist in Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen und/oder grausamen Strafen. Ausführliche Informationen über seine Grundlagen und Bestandteile sind allerdings Mangelware.

- ⇒ Führen Sie in Gruppen ein Brainstorming zum Thema „Schari'a“ durch. Was verbinden Sie spontan mit diesem Begriff? Halten Sie die Ergebnisse als Assoziogramm (mindmap) an der Tafel oder auf einem Plakat fest!
- ⇒ Lesen sie die beiden folgenden Artikel zum Thema Schari'a und diskutieren Sie in Gruppen, was diesen Berichten zufolge wesentliche Merkmale des islamischen Rechts sind. Ergänzen Sie gegebenenfalls das zuvor gestaltete Plakat/Tafelbild.

Donnerstag 25. April 2002

Sechs verurteilte Diebe in Teheran gehängt

Teheran (Reuters) - Sechs wegen bewaffneten Diebstahls Verurteilte sind Medienberichten zufolge am Donnerstag in Irans Hauptstadt Teheran hingerichtet worden. Vier von ihnen seien öffentlich gehängt worden.

Die Hingerichteten sollen die Anführer einer Verbrecherbande gewesen sein und hätten mehrere Überfälle begangen, wie örtliche Medien berichteten. In den vergangenen Wochen waren landesweit Dutzende mutmaßliche Verbrecher festgenommen worden. Im Gegensatz zu

anderen Regionen des Landes sind öffentliche Hinrichtungen in der Hauptstadt Teheran selten. Dem iranischen Präsidenten Mohammad Chatami nahe stehende Reformen hatten vergangenes Jahr öffentliche Hinrichtungen und Auspeitschungen kritisiert.

Iran hält sich an die Durchsetzung des islamischen Rechts (Scharia), das die Todesstrafe für bestimmte Verbrechen vorschreibt. Internationale Organisationen kritisieren den Staat wegen Menschenrechtsverletzungen.

Montag, 25. März 2002

Hussaini-Freispruch löst Streit nicht

Die Scharia in Nigeria bleibt

Als der erlösende Urteilsspruch verkündet wurde, brach Safiyatu Hussaini in lauten Jubel aus. Umringt von Fotografen aus aller Welt schloss die Mutter strahlend ihre kleine Tochter in die Arme und lobte Allah. Die uneheliche Existenz der einjährigen Adama hätte die 35-Jährige um ein Haar das Leben gekostet. Tod durch Steinigung für Ehebruch hieß das Scharia-Urteil, das das Berufungsgericht im nordnigerianischen Sokoto am Montag nach Monaten des Bangens aufhob. Doch während Safiyatu Husseinis ihr Leben zurückbekam, zittert darum bereits die nächste angebliche Ehebrecherin im Bundesstaat Katsina im Norden Nigerias.

Die weltweit beachteten Urteile der Scharia-Gerichte, die es in zwölf nigerianischen Bundesstaaten gibt, wirbeln auch in dem westafrikanischen Land selbst Staub auf: Zwei Jahre nach der Einführung der Scharia im ersten Bundesstaat ist in Nigeria die Debatte über die Verfassungsmäßigkeit der Anwendung des islamischen Rechts erneut entfacht.

Ausgerechnet Safiyatu Hussaini hat daran keinen Zweifel. Als Moslemin lebe sie gern und selbstverständlich unter dem Gesetz des Islams, erklärte sie dem Radiosender BBC. Doch ihr Richter habe sie bei der Verhandlung in dem kleinen Ort Gwadabawa im Oktober unfair behandelt. „Weil ich arm bin, weil ich eine Frau bin“, sagte sie. „Andere haben schlimme Verbrechen begangen. Aber weil sie Männer sind oder mehr Einfluss haben, werden sie nicht bestraft.“

Nach Ansicht des nigerianischen Justizministers Godwin Agabi werden durch die Einführung der Scharia-Gerichte nicht nur Frauen diskriminiert. Er hält sie deshalb für unvereinbar mit der Landesverfassung. „Moslem sollte nicht strenger für ein Vergehen bestraft werden als jeder andere Nigerianer“, schrieb er an die betroffenen Bundesstaaten. In den blutigen Auseinandersetzungen

zwischen Moslems und Christen um die Einführung der Scharia sind in den vergangenen zwei Jahren in Nordnigeria rund 2.000 Menschen ums Leben gekommen. Mit derart harscher Kritik hat die Regierung von Präsident Olusegun Obasanjo - ein überzeugter Christ - bislang jedoch gespart. Ob es der öffentliche Druck aus dem Ausland oder die bevorstehenden Wahlen sind“, meint ein Anwalt in der Hauptstadt Abuja, „nach Monaten des Stillschweigens macht die Regierung nun ein Fass wieder auf, das lange verschlossen war“. Agabis Bitte um Mäßigung der Scharia-Richter bei künftigen Urteilen versetzt viele Moslems in Empörung. „Die Christen verstehen die Scharia falsch“, sagte ein Vertreter der Regierung in Zamfara. „Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht jedes Moslems, nach ihren Vorschriften zu leben.“

Lokale Protestgruppen wie die Organisation für „Gemeinschaftsentwicklung und Wohlfahrt“ sprachen hingegen von einer fundamentalen Bedrohung für die Souveränität und Legalität des nigerianischen Staates. Nach ihrer Ansicht unterwandert die Einführung der Scharia das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat. Während internationaler Menschenrechtsorganisationen den erkämpften Freispruch Hussainis noch feierten, verbreitete sich die Nachricht von der nächsten Todeskandidatin. Im kleinen Dorf Bakori im Bundesstaat Katsina wurde Amina Lawal angeblich des Ehebruchs überführt. Im vergangenen Jahr war in diesem Staat bereits ein Mann nach der Scharia gehängt worden. Menschenrechtler bereiten sich auf den nächsten Kampf vor. „Es sieht so aus, als müsse erst der erste Fall nach abgelehntem Berufungsverfahren vor das Oberste Gericht nach Abuja kommen“, meint der dort ansässige Anwalt. „Das nämlich wäre der wirkliche Prüfstand dafür, ob die eigenmächtige Einführung des islamischen Rechts verfassungskonform ist.“